

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Zur Gewerkschaftsbewegung in Bremen.

Vor uns liegt der erste Jahresbericht des „Bremer Arbeiter-Sekretariats“, der die Zeit vom 5. März bis 31. Dezember 1900 umfaßt und sich durch seine treffliche Ausarbeitung auszeichnet. Aus dem reichhaltigen, lehrreichen Inhalt wollen wir nachfolgende Ausführungen über den „Stand und die Mitgliederbewegung der Bremer Gewerkschaften“ hervorheben:

Bremen ist keine Industriestadt. Hier dominiert der Handel und der Kleinbetrieb. Trotzdem muß konstatiert werden, daß der Stand der Gewerkschaften befriedigt.

Auch in diesem Jahre hat die Bewegung Fortschritte gemacht. Nicht nur die Zahl der Gewerkschaften ist gestiegen, auch die Mitgliederzahl ist in die Höhe gegangen.

Im Statistikbericht 1899 konnten für Bremen 37 Gewerkschaften genannt werden, dazu kommt der dem Statistik nicht angeführte Buchdrucker-Verband. In diesem Jahre sind neu hinzugekommen die Zahlstellen der Bildhauer, der Buchdruckerhilfsarbeiter, der Sattler und der Stukkateure. Die Stadt Bremen weist also 41 Gewerkschaften auf, von denen drei: Die Gold- und Silberarbeiter, die Nichtgewerblichen Arbeiter und die Fensterputzer Lokalverbände sind. Die Uebrigen sind zentralisiert.

Die Mitgliederzahl ist von 8888 auf 10 267 gestiegen. Einschließlich der Vororte sind dem Sekretariate 11 614 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angeschlossen.

Zum Vergleich wollen wir die in den Vorjahren ermittelten Mitgliederzahlen anführen.

Es waren organisiert:

1895	1896	1897	1898	1899	1900
4493	5552	7304	8860	8988	10 267

Demnach ist die Gewerkschaftsbewegung in erfreulichem Maße vorgeschritten. Gewiß, es ist dabei nicht außer Acht zu lassen, daß dazu die günstige Konjunktur vieles beigetragen hat, und der wirtschaftliche Niedergang, in dem wir uns befinden, wird vielleicht auch der Gewerkschaftsbewegung empfindliche Wunden beibringen.

Die nächste Zeit wird zeigen, ob die Arbeiter auch in schlechten Tagen treu zu der Fahne halten werden, die sie während einer erträglichsten Periode aufpflanzen halfen. Hoffen wir das Beste!

Denn gerade während der Zeit der Geschäftsflaute und der Krisen, die für die Arbeiterschaft Arbeitslosigkeit und Elend mit sich bringen und die Unsicherheit der Existenz wesentlich erhöhen, bedarf der Arbeiter eines festen Rückhaltes, den ihn in solchen Fällen nur die Gewerkschaft bieten kann.

Und um so geschlossener und fester gefügt diese dastehen, um so erfolgreicher werden sie die Schläge parieren können, die der Kapitalismus gegen die Arbeiterschaft führen wird, wenn er glauben kann, daß durch das die Arbeitslosigkeit verursachte überreichliche Angebot von Arbeitskräften die Zeit dazu gekommen ist.

Die rege agitatorische und aufklärende Tätigkeit, die hter seitens der Gewerkschaften entfaltet worden ist und der gute Geist, der in den Gewerkschaften herrscht, bürgen dafür, daß die Arbeiterschaft Bremens auch in schlechten Zeiten gewappnet und kampffähig sein wird.

Unter den 4406 Personen, welche das Arbeitersekretariat im Jahre 1900 besuchten, befanden sich 117 Maler und ein Lackirer, wovon 97 Maler organisiert waren. Die gegenwärtige Lage unserer Kollegen daselbst schilbert uns ein Kollege in kurzen Zügen.

Nach Beendigung unseres hartnäckigen Lohnkampfes hatten wir mit einem ungeheuren Zugung zu rechnen, wie wir uns ja auch während des Streiks hierüber nicht beklagen konnten, und namentlich waren es jüngere Kollegen, die entgegen den Bekanntmachungen: „Zugung für Bremen ist fernzuhalten“, nicht umhin konnten, uns den Kampf resp. die Regelung der Verhältnisse ganz enorm zu erschweren. Die Folge war denn auch, daß eine ganze Anzahl verheirateter Kollegen wochenlang arbeitslos war, während die jüngeren Kollegen allenthalben die Stellen derselben besetzten. Daß unsere Herren Malermeister dieselben mit Vorliebe einstellten, ist leicht erklärlich, konnte doch so mancher sein Mütchgen an

den älteren Kollegen fühlen, nachdem ihm während des Streiks so böß mitgespielt worden war.

Ein neues Arbeitsfeld eröffnete sich für uns insofern, indem es nun unsere Aufgabe sein mußte, darauf zu achten, daß der für uns maßgebende Lohnsatz von 25.25 M hochgehalten wurde. Am wirksamsten geschah dies durch die Werkstätten-Versammlungen, so daß dank derselben im Allgemeinen obiger Lohn bezahlt wird. Auch mußte unser Augenmerk darauf gerichtet sein, die zugereisten Kollegen, so weit dieselben noch nicht organisiert waren, zu veranlassen, der Vereinigung beizutreten, was auch in befriedigender Weise geschah. Aber immerhin muß noch unermüßlich gearbeitet werden, nehmen doch die Arbeitgeber jede Gelegenheit wahr, unsere zugewandenen Forderungen zu durchbrechen. Die Palme gebührt in dieser Hinsicht seit neuerer Zeit dem Malermeister Herrn Barnewold. Derselbe hat es verstanden, den Lohnsatz von 1896, welcher allgemein anerkannt worden ist, in Punkt Landarbeit, Ueberstunden usw. zu ignorieren. Es ist dies ein ganz ansehnlicher Profit, den dieser Unternehmer unrechtmäßiger Weise für sich in Anspruch nimmt, indem er seine Gehilfen, laut Tarif von 1896, welcher, nebenbei bemerkt, nach dieser Richtung hin auch jetzt noch zu Recht besteht, hintergeht. Leider muß hier konstatiert werden, daß die betreffenden Kollegen besagter Werkstätte, darunter einige „Arbeitswillige“, nicht so viel Rückgrat besitzen, um dagegen Front zu machen. Schon wiederholt wurden für obige Werkstätte Versammlungen einberufen, jedoch ohne Erfolg. Von sechs Kollegen, die dieser Einladung Folge gegeben haben, sind obendrein zwei gemafregelt, die anderen leben in ihrer Lethargie weiter. Mit solch einer Garbe, wie sie in bezugnehmer Werkstätte vorhanden ist, kann sich Herr Barnewold natürlich auch derartige Extravaganzen erlauben.

Denzufolge wurde seitens der Lohnkommission beschlossen, zwecks Regelung dieser Angelegenheit Verhandlungen mit der Kommission der vereinigten Malermeister anzubahnen. Falls die demnächst stattfindenden Verhandlungen nicht fruchten sollten, sind wir gezwungen, betreffende Werkstätte unter „Quarantäne“ zu stellen, da hier Ansteckungsgefahr vorliegt. Den organisierten Kollegen Deutschlands, welche event. beabsichtigen, nach Bremen zu reisen, möchten wir empfehlen, dies wohl zu beachten und stets zuerst auf unserm Arbeitsnachweis vorzusprechen, derselbe befindet sich nach wie vor dem Streit Grafenstr. 30, bei Heidemann.

Als „Nachweiser vom Streit“ ist noch zu erwähnen, daß verschiedene unserer Kollegen wegen „unbotmäßigen Benehmens“ gegenüber den staatsbehaltenden Personen von „Arbeitswilligen“ sich zu verantworten hatten. Es wurden ein Kollege wegen Körperverletzung zu 6 Tagen, drei Kollegen wegen Bedrohung zu je 14 Tagen Haft verurteilt. Ein Maurer, verheiratet, der mit zwei Arbeitswilligen in Konflikt gerathen war, büßt seine Solidartät uns gegenüber mit 4 Monaten Gefängnis.

Der Kollege Hebecker befindet sich bereits seit sieben Wochen in Untersuchungshaft, angeblich wegen Verleitung zum Meineid, ebenfalls gegenüber von zwei Arbeitswilligen. Letztere haben bereits Bremen den Rücken gekehrt, was wir sehr bedauern, da man allgemein gespannt ist, wie diese Angelegenheit formuliert werden wird.

Aus diesen wenigen Beispielen können unsere Kollegen Deutschlands ersehen, mit welcher schwierigen Verhältnissen wir hier zu rechnen haben; aber dank unserer guten Organisation, der Zuverlässigkeit der im Kampfe erprobten Mitglieder können wir getrost vorwärts schauen. Unsere Stärke liegt in der geschlossenen Einigkeit.

Die Hamburger Akkordmurer vor dem Lübecker Parteitage.

Die Angelegenheit der Hamburger Akkordmurer, die seit Wochen weite Arbeiterkreise bewegt hat, ist auf dem Lübecker Parteitage endlich erledigt worden. Unsere Kollegen kennen den Gang der Sache im Allgemeinen und werden sich wohl selbst ein mehr oder minder zutreffendes Urtheil darüber gebildet haben. Es erübrigt sich für uns also, einen kurzen Rückblick auf den Streitpunkt zu werfen und der Angelegenheit einige abschließende Worte zu widmen.

Nach der Darstellung des Zentralvorstehenden, Bömelburg, auf dem Parteitage, hat sich die Geschichte folgendermaßen abgespielt. Im Jahre 1897 beschäftigte man sich in den Kreisen der Hamburger Murer wieder einmal mit der

schon so häufig behandelten Frage der Akkordarbeit im Baugewerbe. Die Schädlichkeit dieser Methode ist bekannt genug und bei einer unter den Mureuren vorgenommenen Umfrage stimmten 70 Prozent für Abschaffung und nur 6 pzt. für Beibehaltung der Akkordarbeit, während der Rest sich der Abstimmung enthielt. Eine Vereinfachung der Akkordarbeit konnte damals wegen der Schwäche der Organisation nicht durchgeführt werden, dagegen gelang es im Jahre 1899, eine Vereinbarung zwischen Arbeitern und Unternehmern zu Stande zu bringen, wodurch die Akkordarbeit im Baugewerbe aus der Welt geschafft werden sollte. Diese Vereinbarung wurde von verschiedenen Mureuren aus egoistischen Gründen durchbrochen, indem sie nach wie vor im Akkord arbeiteten. Sie wurden darüber zur Rebe gestellt und trotz ihres anfänglichen Leugnens überführt. Nach mehrmaliger Verwarnung schloß man sie dann aus dem Verbands aus, was sie mit der Gründung einer Sonderorganisation beantworteten. Die Ausschlußoffenen arbeiteten namentlich prägnant im Akkord zum Schaden der großen Mureurorganisation. Letztere verhängte über die Unternehmer, die trotz der getroffenen Abmachung ihre Arbeit im Akkord vertriehen, die Sperre; die Akkordmurer befehlen diese Bauten und traten damit in einen bewußten Gegensatz zu der übergroßen Mehrzahl ihrer Kollegen. Ob man dieses Thun Streikbruch oder Organisationsbruch nennen will, ist gleichgültig — vom Standpunkte eines organisierten Arbeiters aus ist es höchst verwerflich und verdammenswert.

Soweit bewegte sich die Sache auf einem rein gewerkschaftlichen Boden und hatte mit der Partei nichts zu thun. Weil nun aber von diesen Akkordmureuren ungefähr 50 in den Hamburger sozialdemokratischen Vereinen organisiert waren, erklärten die dort ebenfalls organisierten Verbandsmurer, sie könnten und wollten mit den Feinden eines einheitlichen Vorgehens d. h. mit den Streit- und Organisationsbrechern nicht mehr zusammen in einem Vereine sein und forderten den Ausschluß derselben. Letzteres hatte aber seine Schwierigkeit, denn man ging in den Vereinen von der irrigen Auffassung aus, daß nicht ein Verein, sondern nur ein Schiedsgericht das Recht des Ausschlusses habe. Es wurde denn auch ein solches Schiedsgericht einberufen, das unter Vorsitz des Parteivorstandsmitglieders Muer tagte und das Treiben der Akkordmurer aufs Schärfste beurtheilte; weil man aber in diesem Verwerflichen Treiben keine ehrlose Handlung im Sinne des Parteistatuts erblickte konnte, wurde der Antrag, die Akkordmurer aus der sozialdemokratischen Partei auszuschließen, einstimmig abgelehnt.

Hierüber entstand in Partei- und Gewerkschaftskreisen eine große Aufregung; zahlreiche Versammlungen und auch Zeitungen nahmen sich des Falles an und bekämpften sich mit großer Erbitterung, wobei über den eigentlichen Kernpunkt der Frage vielfach Mißverständnisse herrschten, die erst auf dem Parteitage geklärt wurden. Von den verschiedensten Gegnern des Schiedsgerichts war eine Resolution eingebracht worden, wonach die Begründung des Spruchs als unrichtig erklärt wurde, und dieser selbst aufzuheben sei. Bömelburg begründete diesen Antrag und kam, nachdem er in ruhiger, sachlicher Weise den Hergang des Streits geschildert hatte, zu folgendem Ergebnis: „Ich mache darauf aufmerksam, daß die Akkordarbeit in Hamburg fast zehn Jahre nicht möglich war; die Leute wußten ganz genau, daß sie Unrecht handelten. Ich habe wirklich geglaubt, sie würden sich ihres parteigewissen Gewissens erinnern und von ihrem Thun ablassen. Aber das ist ihnen nicht eingefallen. Das Schiedsgericht hat ihr Verhalten aufs Schärfste verurtheilt, ist aber leider nicht zu dem Schluß gekommen, daß sie ehelos gehandelt haben. Haben Sie gehört, daß auch nur ein Einziger von ihnen von seinem Thun abgelassen hat? Ist ihnen garnicht eingefallen! Und auch, nachdem die Kontrollen ihr Verhalten doppelt scharf verurtheilt haben, sind sie bei ihrem Treiben geblieben und in ihrer Rechtfertigungschrift sprachen sie es ja auch ganz klar aus, daß sie nicht die Absicht haben, in der Folgezeit davon abzulassen. Mit solchen Leuten hat man es zu thun. Das schwerste, was ich ihnen vorwerfe, ist der Organisationsbruch. Sie haben es den Hamburger Arbeitern auf lange Zeit hinaus unmöglich gemacht, die neunstündige Arbeitszeit zu erringen, sie haben den Rücken der Unternehmer gekräftigt. Wenn ich mir das alles vergegenwärtige, so sage ich mir, sie haben nicht bloß ehelos gehandelt, nein, ich kann mir überhaupt keinen Menschen denken, der so schlecht ist, wie diese Personen. Wenn ihre Handlungen nicht ehelos sind, so giebt es überhaupt nichts Ehloses. Die Leute sind Streikbrecher. Dabei bleibe ich, solange mir nicht der Gegenbeweis geliefert ist. Aber selbst wenn sie das Obium des Streikbruchs nicht auf sich geladen hätten, so müßten wir ihnen doch zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat und ihnen sagen: Ihr habt in der Arbeiterbewegung nichts mehr zu suchen! Ich bitte Sie, den Schiedsgerichtspruch aufzuheben. Ich bin am allerwenigsten geneigt, den Schiedsrichtern oder den Kontrollen nur den geringsten Vorwurf zu machen; aber wenn wir uns einmal darüber einig sind, daß Personen eine ehelose Handlung begangen haben, so müssen wir auch die Konsequenzen ziehen. Lassen Sie sich nicht von der Rücksicht auf Personen leiten, sondern

kommen Sie zu dem Schluss, zu dem Sie kommen müssen, wenn Sie die ganzen Verhältnisse richtig übersehen! Die Leute haben ehelos gehandelt und deshalb muß der Schlußspruch aufgehoben werden. Uns Hamburgern ist es am liebsten, wenn Sie sie uns überweisen, wir werden schon mit ihnen fertig werden."

Der Korreferent Auer verteidigte den Schiedspruch nicht ohne Geschick und wies mit Recht auf die Schwierigkeit des Falles und die sich daraus ergebenden Konsequenzen hin. Wir werden und müssen uns hüten, in die gewerkschaftlichen Kämpfe, in die Handhabung der Angelegenheiten der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen uns hineinzumischen. Wenn aber diese Organisationen umgekehrt zu uns kommen und sagen: Wir haben die und die bei uns ausgeschlossen, das ist eine ehelose Handlung und Ihr habt ohne Prüfung die Betroffenen aus der Partei hinauszumerfen — das können, das dürfen wir nicht. Und wenn wir auf diese schiefse Ebene ihnen folgen würden, Parteigenossen, die Sie den Gewerkschaften angehören und unter schwierigen Verhältnissen sie zu leiten haben, Sie würden in ganz kurzer Zeit diese Stellungnahme zu bedauern haben. Parteigenossen, ich erkläre bei meiner Ehre und bei meiner Parteizugehörigkeit, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen, ich nehme das für alle übrigen Schiedsrichter mit in Anspruch, den Schiedspruch so gefällt habe, wie er ist, und muß auch, nachdem ich heute Börsenplatz gehört habe, bei meinem Schiedspruch stehen bleiben. Sie können nur beweisen, daß Differenzen unter den Maurern bestehen, die wir alle miteinander bedauern. Aber solange Sie den Nachweis einer ehelosen Handlung nicht beibringen können, Heiße und verleihe ich Ihre Wünsche, aber folgen kann ich Ihnen nicht."

Die diesen beiden Referaten folgende Debatte nahm zwischen einem klügeligen Charakter an und es fehlte auch nicht an persönlichen Angriffen, die besser unterbleiben wären. Der ganze Streit drehte sich im Grunde genommen um tatsächliche Fragen. Deshalb war es auch sehr gut möglich, daß man sich auf eine Resolution einigen konnte, die dem Standpunkt des Parteitag ein einheitliches Ausdrück verlieh. Die Resolution, die erkranklicher Weise mit allen gegen drei Stimmen angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

"Der Parteitag als Vertreter der in der Sozialdemokratie organisierten Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rückhaltlosen Verurteilung des Streikbruchs."

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und abzuwenden müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß."

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschläffen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen oder von solchen Beschläffen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesamtorganisation abhängig zu machen."

Der Parteitag spricht die Überzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrlichen Absicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rückblicklich der Reue über das Fehlen anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist."

Der Parteitag muß es den örtlichen Parteiorganisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln die den Zentralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Affordmurer unterstützen können, und namentlich insoweit sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Parteiorganisationen für möglich halten."

Sodann gelangte noch ein Antrag von Bernstein zur Annahme, der besagt:

"Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschläffe der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundbegriffen der Demokratie. Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Taten entgegenwirkt oder Sonderbündelei zur Führung solcher Gegenaktion betreibt, verstößt wider das vordemittelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, wie sie in diesem Verhalten verharren."

Damit war denn die Affordmurerangelegenheit endgültig erledigt. Die Leute wissen jetzt, was die Vertretung der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands über sie denkt und man muß abwarten, ob sie die Konsequenzen daraus ziehen werden. Soviel steht heute für alle Mal bombenfest: Für Organisationsbrecher und Sonderbündler ist in der deutschen Arbeiterbewegung kein Platz mehr, denn die Disziplin ist die wichtigste Eigenschaft eines kämpfenden Arbeiters! Ehrelos derjenige, welcher durch bewußte Disziplinlosigkeit den Arbeiterorganisationen den Kampf erschwert und dadurch die Geschäfte des Unternehmers ihm selbst besorgt!

Verband deutscher Gewerbevereine.

Der 1898 gegründete Verband deutscher Gewerbevereine hielt vom 10.—11. September in Lübeck seine Jahresversammlung ab. Zweck der Vereinigung ist der Austausch gewerbegerichtlicher Erfahrungen; von den 316 bestehenden Gewerbevereinen gehören 163 dem Verbands an. Das Beschlusrecht steht nur Gewerbegerichtsvorständen zu, während Mitglieder mit beratender Stimme zugelassen werden können. Ueber die Fragen der Gesetzgebung und Rechtsprechung erfolgen prinzipielle keine Bestimmungen, sondern nur ein zusammenfassendes Resümee des Vorstehenden. Die Verhandlungen leitete Rechtsrat Dr. Menzinger-München. Der Verbandstag war von 173 Vorstehenden und Beisitzern besucht. Stadtrat Dr. Flesch berichtete über das Verbandsorgan „Gewerbegericht“, dem laut entsprechenden Verfügungen aus 22 Staaten die Ueberweisung wichtiger Urtheile der ordentlichen Gerichte, betr. den gewerblichen Arbeitsvertrag, zur Publikation zugesichert wurde. In der Gewerbegerichtsnovelle erblickt er einen Fortschritt; zu bebauern ist nur die unterbliebene Regelung der Zuständigkeit für Kaufmännische und Dienstbotenstreitigkeiten. Wichtig sei die Aufgabe, Versuche mit der Proportionalwahl zu machen. — Der Ausschuß der Beisitzer stellte den Antrag zur Statutenänderung wurde bis zur nächsten Jahresversammlung vertagt, die erst in zwei Jahren in Würzburg stattfinden soll. Nach dem Bericht des Herrn Dr. Flesch-Frankfurt a. M. über das Organ des Verbandes, „Das Gewerbegericht“, und dem des Gemeinde-

raths Doehmer-Stuttgart über die Statistik der deutschen Gewerbevereine, referierte Gewerberichter Dr. Grote-Bremen über das Einigungsverfahren bei Streits und Ausßerungen in Deutschland. Er bedauert, daß die Arbeiter kein eigentliches Koalitionsrecht besitzen, anerkennt jedoch, daß Maßregelungen einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit bedeuten und ist der Meinung, daß das Einigungsamt die Wiedereinstellung Gewerbegelehrter auch dann verlangen könne, wenn eine Kündigungsfrist ausgeschlossen war. Wenn auch das formelle Einigungsrecht dem Arbeitgeber zustehe, so habe doch das Einigungsamt einen Spruch zu fällen, dem die Parteien sich freiwillig unterwerfen. Er rath den Arbeitern, die Streits wegen Maßregelung möglichst zu verhüten, da es hier selten zur Einigung komme, den Arbeitgebern dagegen, nicht in das Koalitionsrecht der Arbeiter einzugreifen. Die Arbeiter möchten sich vor Ausbruch des Streits an das Gewerbegericht wenden. Weiter vertrat der Redner die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber, die die Wirksamkeit der Gewerbegerichte fördere. — Stadtrat Dr. Jastraw-Charlottenburg berichtete über die Einigungsämter im Auslande. In der Debatte, in welcher alleseitig die Nothwendigkeit Streits zu verhüten, betont wurde, erklärte der Arbeiterbeisitzer Krüger-Berlin, daß nicht bloß Arbeitgeber, sondern selbst manche Gewerberichter in jedem organisierten Arbeiter einen Revolutionär erblickten.

Sodann berichtete Rechtsrat Menzinger-München über „Gewerbegerichtsreformen“. Er vertritt u. A. die Ansicht, daß auch nach dem § 1a mehrere Gemeinden mit über 20000 Einwohner sich zur Errichtung eines gemeinsamen Gewerbegerichts einigen könnten. Die Novelle habe nicht alle Wünsche erfüllt, aber der Reichstag habe doch ein schönes Stück Arbeit in sozialpolitischer Hinsicht geleistet. In der Debatte bemängelte der Arbeiterbeisitzer Wolke-Bremen, daß die Proportionalwahl nicht obligatorisch eingeführt sei, worauf der Referent erwiderte, daß durchaus noch nicht gesagt werden könne, welches System zu empfehlen sei. Er betonte, daß die Gewerbegerichtsvorstände unbedingtes Vertrauen zu den Beisitzern hätten, ganz gleichgültig, welcher Partei sie angehörten.

Rechtsrat Wacker-Augsburg behandelte die Frage der kaufmännischen Schiedsgerichte, die überall zu fordern seien, wo ein Bedürfnis dafür hervortrete. Die Forderung einer selbstständigen Organisation derselben sei unhaltbar, weil dann solche nur in großen Städten errichtet werden könnten; deshalb empfehle er die Angliederung an bestehende Gewerbe- oder Amtsgerichte. Der Anschlag an erstere sei vorzuziehen, da hier alle Garantien für sachgemäßes und beschleunigtes, billiges Verfahren gegeben seien. Auch der Korreferent, Dr. Kähler-Worms, schloß sich diesen Vorschlägen an. Gegen den Anschlag an die Amtsgerichte spreche die hier herrschende Verschleppung der Streitigkeiten.

Ueber die Arbeitsordnungen referierte Gewerbeinspektor Czimat-Solingen. Derselbe erkläre in der Arbeitsordnung ein für die Arbeiter vorteilhaftes Rechtsinstitut, das den gewerblichen Frieden fördere. Ueber ihre soziale Bedeutung herrsche kein Zweifel, wohl aber ihre rechtliche, — ob sie höhere Arbeitsvertrag oder Ausfluß eines Gesetzgebungsrechts des Unternehmers ist. Redner mißt ihr eine mehr privatrechtliche Bedeutung bei; ihre Verletzung enthalte keine Gesellschaftsverletzung; ihre Strafen sind bloße konventionelle Strafen. Für ihre Rechtsverbindlichkeit genüge der Ausschlag. Der Arbeiter sei deshalb nicht schuldig, vor ungesetzlichen Arbeitsbedingungen schüchtern zu sein, die staatliche Behörde. Auch habe er Gelegenheit, sich Kenntlich von ihrem Inhalt zu verschaffen. Wenn heute Arbeitsordnungen noch mangelhaft seien, so werde diese Mangelhaftigkeit bald überwunden. Ihre obligatorische Einführung für größere Handwerks- und Baubetriebe sei zu empfehlen. Für die Hausindustrie hoffe er die baldige Einführung der Arbeitszeit (§ 114 a) durch Bundesratsbeschlus. — Der Korreferent Dr. Brenner-München glaubt ebenfalls, daß die Arbeitsordnung bereits durch den Ausschlag rechtsverbindlich werde, und widerspricht der Behauptung, daß das Oberlandesgericht in München entschieden habe, daß die Arbeitsordnung erst durch die Behändigung an den Arbeiter Rechtskraft erlange. Stadtrat Flesch giebt die vielen Mängel des Ausschlags zu, das Gesetz sage aber klar, daß der Ausschlag durch Ausschlag erfolge. Man solle doch nicht sagen, daß man sich keiner Arbeitsordnung unterwerfen könne, die man nicht kenne. Das treffe doch bei allen Gesetzen zu. Arbeiterbeisitzer Krüger bedauert namens aller Arbeiterbeisitzer, daß eine solche vom praktischen Standpunkt unhaltbare Auffassung bei den Gewerberichtern immer mehr Platz greife. Würden die Arbeiter zur Fabrik kommen, um erst die Arbeitsordnung zu lesen, so würde man sie einfach zur Thür hinausschleusen. Erst durch die Behändigung erhalte der Arbeiter Kenntlich von dem Inhalt der Arbeitsbedingungen und könne sich über deren Annahme entscheiden. Ueber diese Streitfrage entstand eine scharfe Debatte, in der die Meinungen der Gewerberichter und der Arbeiterbeisitzer sich schroff gegenüberstanden.

Ueber die Erfahrungen bei Anwendung des bürgerlichen Gesetzbuches im Allgemeinen referierte Dr. Sigel-Stuttgart. Derselbe hält die Vorschriften über den Dienstvertrag materiell für ungenügend und denen der Gewerbeordnung vielfach direkt widersprechend; eine Revision des Titels 7 der letzteren sei dringend nothwendig. So müsse streng zwischen privatem und öffentlichem Recht geschieden, die wirklichen Verhältnisse mehr berücksichtigt und zwischen Zeit- und Affordmurer unterschieden werden. Bei Streitigkeiten über letzteren werde häufig mehr Recht geschaffen, als angewandt. Auch die Regelung der Rechtskraft der Tarifverträge sei nothwendig. Hinsichtlich des Kompensationsverbots (§ 394 B. G. B.) regt Redner eine Umfrage bei den Gewerberichtern darüber an, ob sie dem gegenüber ein Zurückbehaltungsrecht (§ 273) anerkennen und ob sie dem § 394 zwingende oder nur fakultative Kraft beimessen. Auch herrsche Unklarheit darüber, was nach § 616 eine „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ sei. Als öffentliche Meinung stellt der Redner endlich fest, daß die §§ 122—124 betr. 14-tägiger Kündigungsfrist nicht aufgehoben seien. Gegen besondere Bestimmungen über Afford- und Tarifverträge erklärte sich der Gewerberichter Wolff-Offenbach, der die Entschiedenheit fallweise den Gewerberichtern überlassen will. Es folgte eine Reihe von Sondervorträgen sowie Debatten über einzelne Fragen des bürgerlichen Rechts, die starke Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Redner untereinander ergaben.

Weiter forderten die Arbeiterbeisitzer, die auf eine eigene Organisation verzichten wollen, sofern sie als vollberechtigte Teilnehmer zu den Gewerbegerichtstagen zugelassen werden, die Abgabe einer verbindenden Erklärung, daß ihre Statutenänderungsanträge auf dem nächsten Verbandstage berathen würden. Eine solche Zusicherung wurde ihnen erteilt. Damit war die Tagesordnung erschöpft, worauf der Verbandstag geschlossen wurde.

Aus unserem Berufe.

Mit unseren Sonderbündlern in Berlin, den bekannten Renegaten, brauchen wir uns im Allgemeinen nicht abzugeben, da sie über das Reichbild Berlins hinaus absolut

keine Bedeutung haben, wenn sie auch am Kopf des alle vier Wochen erscheinenden Ingalalles Holz schreiben: „Organ der Gewerkschaften der Maler, Maler, Zimmerer und Arbeiter der Deutschen Lande“. Die „Ausstreicher“ hat man in der Gile verpöndelt. Doch hat, die Gild der „reinen Kernauff“, Steniasberg, also gleichfalls ein fideles Alim-Wim-Kastanien sein beständiges Dasein fristet, hat sich würdig dieser Gesellschaft angeschlossen, da selbstverständlich zur Staatesstadt auch eine Kronungsstadt gehört — und diese zwei Städte repräsentieren Deutschlands Sonderbündelei im Malerberufe.

Auf die Verwicklung der Worte, die voriges Jahr der Kollege Geng-Berlin nach der Würzburger Generalversammlung schrieb: „Den Unterschied zwischen der Berechtigung und unserer geschaffenen Sonderorganisation werde ich in kurzer Zeit Gelegenheit haben, in einer Reihe von Städten zu schildern“, hat von vornherein kein Kollege geredet, da man diese Pappenscheimer richtig einschätzte und diese Machination als Humbug bezeichnete.

Wenn wir diesmal eine Ausnahme machen, so deshalb, weil uns dieser Tage das im Monat September fällige Gildrecht am Gesicht kam, worin sich das Gildwesen dieser Organisationsbrecherorganisation so trefflich widerspiegelt, daß wir unseren Kollegen einige „Kastanien“ recht gerne zur Erhellung mittheilen wollen.

In der nächstfolgenden Besprechung der aufgestellten Tagesordnung zum Kongreß der losorganisierten Gewerkschaften heißt es z. B.:

„Es sind aber noch tiefere grundsätzliche Gegensätze, die sich zwischen der Verbands-Zentralisation und der Vertrauensmänner-Zentralisation in Deutschland im Laufe der Zeit scharf und bestimmt herausgebildet haben, Gegensätze, die so tief, so unüberbrückbar sind, wie die heutige Gesellschaftsordnung mit der von uns angestrebten sozialdemokratischen unversöhnlich ist.“

Wie mögen sich unsere Berliner Kollegen dies unaufrichtig fühlen ob dieses unverföhnlichen Phrasendreschers, trotzdem darunter auch viele Mitglieder des Wahlvereins sind. Ferner schreibt der „unentwegt Nachdenkende“:

„Geben wir uns doch keiner Täuschung hin, aus welchem Grunde treiben denn die Zentralverbände die Streikunterstützung so in die Höhe? Man denke einen Ausbund mit 1000 Streikenden sich das wöchentlich etwa 18000 M. (??). Bei den Malern in Berlin z. B. würden etwa 2000 Berufs-genossen zu unterstützen sein; das gebe in der Woche 54000 M. Dieses würde mit einem Schlags das gesamte Vermögen der „Vereinigung der Maler“ aufzehren. Dieses ist aber garnicht ihr Will. Die Gewerkschaftliche Kampfe sind ihnen u. a. q. u. e. m. weil sie das Geld aufzehren, das für die Unterstützungskassen die Macht der Genossenschaftsführer über die Arbeiter begründen soll. Sie suchen durch andere Mittel, durch materielle Vorteile durch Kasseneinrichtungen und Genossenschaften die Arbeiter an sich zu fesseln. Sie haben ihre Pläne auf durchaus kapitalistischer Grundlage. Also, warum sollten auch wir dem Arbeiter was verschlagen, was im Bereich der Unmöglichkeit liegt. Sind wir absolute Feinde jedes Unterstütmungswesens, gut, so machen wir auch keine Streiks auf Kosten unserer eigenen Klassengenossen, um von denselben materielle Vorteile zu erheischen; dann kämpfen wir eben aus Ideal zur Sache. Für das Gaukelspiel der Zentralverbände, die Sache geschäftsmäßig zu betreiben, liegt bei uns absolut kein Grund vor, auch dann nicht, wenn wir, klein, aber prinzipienfest sind, um im richtigen Augenblick zu wissen, was wir zu thun und zu lassen haben.“

Ja wahrhaftig, da braucht man sich keiner Täuschung hinzugeben; wer im Stande ist, solchen Galimatias zu berechnen, solche polizeiwidrigen Dummheiten zu bezweifeln, den kann kein vernünftiger Mensch ernst nehmen, ein Blick für den Schreiber, daß in Deutschland die Dummheit noch steuerfrei ist.

An einer anderen Stelle, unter der Ueberschrift „Es freist!“ beweist der „spiritus rector der Unversöhnlichen“, daß es bei ihm „rappelt“. Die vollständige Unkenntlich über die Vorgänge in der „Vereinigung“ können wir ihm nicht übel nehmen; denn, da sein Blick nicht über „Krebsjauche“ und „Dallbor“ hinausreicht, müssen ihm schon mildernde Umstände zugesprochen werden. Strichling legt los:

„Nun sagen Sie mal, wann und wo Ihre Organisation „große Vortheile“ in Bezug der beiden Punkte erobert hat, wie wollen Sie das begründen, wollen Sie etwa die bisherigen Berliner Streiks als Belag aufstücken, oder wollen Sie den im letzten Frühjahr verlorenen großen Streik der Maler, von Seiten der Vereinigung mangelnder Unterstützung, in Breslau als Grund ihrer Leistungsfähigkeit anführen. Wir könnten noch mit verschiedenen Beispielen der letzten Jahre aufwarten.“

Schade nur, daß der „Bedauernswerthe“ nicht mit den verschiedenen Beispielen aufgewartet hat (besteht er, daß wir über seine Qualifikation Aufklärung geben, als er noch Mitglied der Vereinigung war), denn mehr Hamiten kann er sich doch nicht mehr. Als „früher eines Sonderbündelchens“ kann man natürlich nicht wissen, was sich außerhalb Berlins, und sei es auch im eigenen Berufe, auf wirtschaftlichem Gebiete abspielt. Sonst müßte er wissen, daß der Breslauer Streik der erste in diesem Jahre war und nicht infolge mangelnder Unterstützung verloren gehen konnte, wenn nach diesem Streik noch in 17 anderen Städten Lohrkämpfe entbrannten, von denen ein einziger über 32000 M. Unterstützung erforderte. Aber, nichts dazu gelernt und nichts begriffen, immer frisch drauf losgeschwindelt, das Papier ist ja gebuldig und solche elende Wichte in der Arbeiterbewegung geben vor, „aus Ideal zur Sache“ zu kämpfen (unter Sache ist wohl der Organisationsbruch zu verstehen), nennen sich „prinzipienfest“ und spielen sich als die einzig wahren, unentwegten Genossen auf! Natürlich darf nicht fehlen, immerwährend zu betonen, daß sie zur „Sonderbündelei“ gezwungen wurden, durch den Terrorismus der Hamburger Verbändler. —

Zum Schluß noch eine Stelle aus einem Versammlungsbericht von Königsberg. Bekanntlich hat uns der Vorstehende von da vor einiger Zeit so schön den Unterschied zwischen „Lokal und Zentral“ geschildert. Es heißt in dem Bericht wörtlich:

„Außerdem wurde in der Versammlung die Frage angeregt, ob die Innung nicht schon an uns herangetreten sei wegen Spalierbildung aus Anlaß der Annahmehaft des Kaisers. Der Vorstehende erklärt hierzu, daß die Innungs-trauer sich total ablehnend verhielten, als wir im Frühjahr ein paar Pfennige Lohnerhöhung haben wollten, sie werden inselgebeßen auch nicht wagen, uns mit einer Auf-forderung zu dem Alim-Wim zu kommen. (Wir hatten es für selbstverständlich, derartigen Sachen fern zu bleiben. D. Red.), trotzdem die Maurer und Zimmerer sich, wie üblich, mit ihrer Paritätensammlung daran beteiligten. (Was sind dies für Organisationen?) Da sonst nichts vorlag, schloß der Vorstehende die Versammlung nach 10 Uhr.“

Wir glauben, das genügt vorläufig.

Nichtet nicht nach meinen Taten, sondern nach meinen Worten! In Nr. 37 des „W.-M.“ gaben wir eine Probe von dem Bemühen eines Herrn Obermeisters, durch standhafte Unterbreitungen bei Submissionsarbeiten stets als „Stoß“ hervorzuheben. Wir gaben uns der Hoffnung hin, daß wenigstens „beim grünen Holze“ diese Fälle zu den Ausnahmen gerechnet werden könnten. Diese Hoffnung sollte bald gestört werden, ein weiterer Fall liegt uns vor.

In Coblenz waren die fiskalischen Ausschreibearbeiten durch Submission ausgeschrieben worden. Die Jünning, welche sich noch nicht allzulange ihres Daseins erfreut, behauptete sich als solche an der Submission mit einem Gebot von 8000 Mt. Der Obermeister der Malerinnung jedoch eingebend der schönen Worte, die er so oft im Kreise seiner Herren Kollegen gesprochen: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“, „wahre und echte Kollegialität wollen wir bezeugen zur Ehre unseres schönen Berufes“ usw., ging in der letzten Minute hin und gab für seine Person eine Offerte mit 4700 Mark ab. Der Herr Obermeister erhielt die Arbeit und teilte sie rechtlich mit drei anderen getreuen Herren, nachdem ihm extra zehn Prozent zugesprochen waren. Daß die Coblenzer Maler- und Anstreichermeister darüber nicht sehr erbaudt sind, glauben wir gerne. Auch wir können sagen: Kommentar überflüssig!

Verwaltungs-Berichte.

Canstätt. (Situationsbericht.) Wohl ist es einmal an der Zeit, auch von der hiesigen Filiale etwas hören zu lassen. Wenn man die hiesigen Kollegen und unsere Mitglieder-Veranstaltungen betrachtet, könnte man zu der Ansicht kommen, die Malergehilfen Canstatts leben in den besten Verhältnissen und hätten nicht notwendig, sich um die Organisation zu kümmern. Daß diese Ansicht eine ganz irrige ist, das beweisen zur Genüge die am hiesigen Dreihundertmiserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist fast unglücklich, daß in einer Stadt, die so theure Wohn- und Lebensmittelpreise aufweist, noch ein Mindestlohn von 15 Pf. besteht, der aber auch dank der Humanität der hiesigen Meister noch einigermaßen aufrecht erhalten wird. Keine es auf die hiesigen Malergehilfen an, sie würden sich herbeilassen, zu noch viel geringeren Hungerlöhnen zu arbeiten. Um man hierüber seine stützen Betrachtungen anstellt, so muß man notwendigermaßen zu der Überzeugung kommen, daß die hiesigen Kollegen so energielos geworden sind, daß sie sich nicht einmal mehr die Frage vorlegen: Wie können wir am geeignetsten für eine Verbesserung unserer laurigen Verhältnisse Propaganda machen. Ist es schon gar zu privat, daß von 120 hier wohnhaften Kollegen noch nicht einmal 40 organisiert sind, so ist es um so schmerzlicher, daß dieses wenige Klein organisiert Kollegen es noch nicht einmal als Pflicht erachtet, die Mitglieder-Veranstaltungen zu besuchen und der Vorstehende meist in die unangenehme Lage veretzt ist, Versammlungen mit 15-20 anwesenden, meist fremden Kollegen, zu leiten und vor leeren Tischen zu predigen; und das nur aus dem Grunde, weil die Kollegen es für notwendiger finden, ihrem Vergnügen nachzugehen und somit die Filiale, die jederzeit, sei es in materieller wie in moralischer Beziehung, energisch für die Verbesserung unserer Lebenslage eingetreten ist, schließlich im Stiche lassen. Im letzten Frühjahr schied der hiesige Ausschuss mit vereinten Kräften in die Agitation ein, um wieder etwas mehr Bewegung unter die hiesigen, so phlegmatisch gewordenen Kollegen zu bringen. Es hatte Anfangs auch den Anschein, als ob unser Unternehmen von Erfolg begleitet wäre, aber noch hatten wir von einer der größten Werkstätten eine Versammlung abzuhalten, die aber auch zugleich die schwierigste war; nicht betreffs des Meisters, sondern betreffs der in Betracht kommenden Kollegen. Aber wir hatten uns nicht getäuscht. Gleich zu Anfang der Werkstattversammlung wurde dem Vorstehenden auf seine Aufforderung, in den Verband einzutreten, von einem Kollegen, der sich wohl noch nachrühmen kann, früher einmal dem Verbandsangehörigen zu haben, erwidert, daß sich von ihnen auch nicht ein einziger Mann in den Verband aufnehmen lasse. Der Vorstehende hatte von vornherein gewußt, daß er hier einen schweren Stand haben werde, deshalb ließ er sich auch nicht so leicht von seinem Vorhaben abbringen, aber seine Ausführungen prallten ab wie an einer Mauer. Ja, diese Kollegen entschleiden sich nicht, zu sagen, wenn eine Lohnbewegung in Szene gesetzt würde, dann würden sie auch auf unserer Seite sein. Das also würden diese Kollegen wohl annehmen, daß man für sie die Kantanten aus dem Feuer holt; aber auch mit ihnen werden wir später noch ein Stückchen zu pflücken bekommen. Ebenso in der öffentlichen Versammlung glaubten diese Kollegen, daß man für sie Extra-Märkte braten werde, aber wir haben sie gründlich eines Besseren belehrt, obgleich wir unsere so vorzüglich ins Werk gesetzte Lohnbewegung wieder beilegen mußten. An eine andere Art Beschäftigung, wenn man es so nennen kann, scheuten sie mehr Gefallen zu finden; wenn es gilt, die organisierten Kollegen zu verunglimpfen, sie an den Pranger zu stellen, ja, sie sogar aus der Werkstatt hinauszuwerfen, dann sind sie Meister. Das sind nun so heftig die Verhältnisse unter der hiesigen Kollegenschaft. An den organisierten Kollegen wird es nun liegen, hier eine Wendung zum Besseren dadurch eintreten zu lassen, daß sie Hand in Hand mit dem Ausschusse das mühselige Werk beginnen, thätig mit in die Agitation einzugreifen und ihre volle Pflicht zu erfüllen. Dann erst, wenn wir es so weit gebracht haben, daß ein Jeder das phlegmatische, das Gleichgültige seines Wesens abgestreift hat, dann können wir Jedem ruhig die Verbesserung geben, daß in nicht zu langer Zeit auch hier wieder bessere Verhältnisse Platz greifen werden.

In Colmar i. G. fand am 30. September eine Mitglieder-Veranstaltung statt, welche sich hauptsächlich mit den Differenzen in der Werkstätte Ulrich-Water zu beschäftigen hatte. Kollege Grünauer teilte mit, daß ihm und anderen Kollegen vom Geschäftsführer anheimgegeben sei, für 32 Pf. pro Stunde, anstatt tarifmäßig 36 Pf., weiter zu arbeiten. Da die Kollegen mit diesem Anerbieten nicht einverstanden waren, wurden sie entlassen. Eine Kommission, welche zur Regelung dieser Angelegenheit bei Herrn Ulrich vortrat, konnte nichts ausrichten. Es wurde deshalb über diese Werkstätte die Sperre verhängt. Die trotzdem weiterarbeitenden sind nicht organisiert, mit Ausnahme des Kollegen Sturm, Wdh. 39016, welcher deshalb ausgeschlossen wurde. Raum haben wir durch die letzte Lohnbewegung unsere materielle Lage verbessert, versuchen die Arbeitgeber wieder, den Tarif zu durchbrechen und leider müssen wir die Erfahrung machen, daß nichts-würdige, seine Kollegen uns dabei in den Rücken fallen und sich zu Haus-treuten der Arbeitgeber herabwürdigeln. Als Hauptaufgabe der Filialen muß es jetzt betrachtet werden, die Mitglieder aufzuklären und zu tüchtigen, zuverlässigen Gliedern unserer Organisation zu erziehen. Nach diesen ermunternden Worten schloß Kollege Christen die Versammlung.

Regensburg. Bevor der Sommer zu Ende ging hielt die Filiale Regensburg noch eine allgemeine Versammlung ab, um die Kollegen noch einmal an ihre Pflichten zu erinnern, damit im Winter Meiner der Organisation den Rücken lehre. In dieser Versammlung sprach Kollege Stadl-Kürber über das Thema: Unsere Errungenschaften in diesem Jahre und was wir uns die Zukunft bringen. Derselbe führte in trefflichen Zügen aus, daß unsere Errungenschaften keineswegs kleine seien, weshalb es auch die heiligste Pflicht aller Kollegen sei, sie unter allen Umständen hoch zu halten und sie uns nicht auf indirekte Weise von den Unternehmern wieder nehmen zu lassen, z. B. durch Werkstattordnungen, wie sie die Meister anzustellen im Sinne haben. Er führte weiter aus, daß gerade jetzt alle Arbeiter Grund und festem Vereinigung haben, da wir in einer kritischen Zeit leben, die Geschäftskontinuität immer schlechter und die Lebensmittel immer theurer werden und noch dazu auf alle Lebensmittel in Zukunft höhere Steuern gelegt werden sollen. Um all diesem fest entgegenzutreten zu können ist die Schaffung einer guten Organisation die Hauptbedingung. Diese Ausführungen fanden den Beifall aller Kollegen und wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute am 14. September im „Thomasteller“ tagende gut besuchte Versammlung der Maler und Anstreicher erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und jeder Einzelne verpflichtet sich, so wie bisher ein treues Mitglied zu bleiben, um etwaigen Übergriffen seitens der Unternehmer entgegenzutreten zu können. Sie sieht als das kräftigste Gegenmittel gegen die gegenwärtige schlechte Geschäftslage und gegen die maßlosen Forderungen von Seiten der Großgrundbesitzer mit Unterstützung der Zentrumspartei eine feste und zielbewusste Organisation aller Arbeiter in Berufsorganisationen.“ Es werden noch die Vortheile unserer Organisation den Kollegen wieder eingeschärft, worauf die gut verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf unsere Vereinigung geschlossen wurde.

Mosensheim. In unserer letzten öffentlichen Versammlung referierte Kollege Stadl-Kürber. Er erläuterte den Unterschieden den Zweck der Organisation und zeigte unter Hinweis auf die bestehenden Mängel in unserem Gewerbe, welche Aufgabe wir zunächst mit Hilfe einer guten Organisation zu erfüllen haben. Der Aufforderung, daß es Pflicht jedes Kollegen sei, der Vereinigung beizutreten, kamen mehrere Kollegen nach. Auch die Kollegen von Bad Aibling haben sich unserer Filiale angeschlossen, nachdem vom Kollegen Köhning die Agitation eingeleitet worden war. In der am 7. September stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Kollegen in die Verwaltung gewählt: 1. Vorstand Herr Franke, 2. Vorst. Zoller, Kassierer Köhlinger und Schriftführer Lutas.

Potsdam. Am Mittwoch, den 25. September, fand im „Deutschen Haus“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Streine über die Notwendigkeit einer Organisation referierte. Derselbe forderte die Versammelten auf, sich der Organisation anzuschließen. Nur durch diese könnten sie sich bessere Lebensbedingungen erringen. Die Versammlung war leider sehr schwach besucht, was ein sehr schlechtes Zeugnis für die Kollegen aus dem Plauenschen Grund ablegt. Es kam ein Fall zur Sprache, wo sich Kollegen für 25 Pf. pro Stunde angeboten haben. Man sieht also, wie notwendig eine stramme Organisation für die hiesigen Kollegen ist, damit sie sich solch trauriger Elemente erwehren können.

Werdau. Die Zahlstelle werden wurde durch die agitatorische Tätigkeit des Kollegen Umbach, der sehr gut mit den dortigen Verhältnissen vertraut ist, gegründet. Nachdem einmal der Anfang gemacht war, wurden bald die Kollegen gewahrt, wie notwendig es ist, der Organisation anzugehören. Bei der Gründung traten am 27. Juli sofort 18 Kollegen bei, drei weitere sind nachgezogen. Wie außerordentlich mangelhafte Zustände am Orte herrschen, davon werden wir in der folgenden Nr. des „W.-M.“ den deutschen Kollegen einige Beispiele vorführen. Die Mitglieder-Veranstaltungen finden hier alle 14 Tage bei Herrn Ulrich, Bornstr., statt, die nächste ist am 19. Oktober. Die zureisenden Kollegen werden ersucht, sich beim Vertrauensmann, Kollegen Umbach, Wdgstr. 9, zu melden.

Widau. Am 21. September fand hier im „Brauereischützen“ eine öffentliche Versammlung statt, in der unter dem Beifall der Kollegen W. Domsche-Plauen in verständlicher Weise über die Krise und die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen referierte. Mit der Ermahnung, daß es auch im Interesse der Widauer Kollegen liegt, die Organisation zu stärken, daran festzuhalten und einknützig die zum Ausbruch zu bringen, schloß der Referent seinen Vortrag. In der Diskussion wurde die Sonderbinderei, die die Kräfte zerpfältere und die Bewegung schädige, einer herben Kritik unterzogen, auch das Lehrlingswesen in Erwähnung gebracht, welchem eine bessere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Wangewerbliches.

Eine Baukontrolle seitens der Filiale Mannheim. Auf der letzten Bauarbeiterkonferenz Badens wurde im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Innearbeiter eine Resolution angenommen, in welcher die nächstliegenden diesbezüglichen Forderungen an die bairische Regierung gestellt wurden. Um nun zur Begründung dieser Forderungen (besonders im Hinblick auf die nächste Landtagsession) auch Thatsachenmaterial zur Verfügung stellen zu können, unternahm die Filiale Mannheim erstens eine Baukontrolle und zweitens eine Umfrage über die Verbreitung der Berufskrankheiten.

Die letztere ist noch nicht abgeschlossen, während die Baukontrolle beendet ist und folgende Thatsachen zu Tage gefördert hat:

Kontrolliert wurden 42 Bauten resp. Arbeitsstellen; weitere 32 Bauten, welche unsere beiden Kontrolleure besuchten, mußten bei der Zusammenstellung außer Betracht bleiben, weil in denselben Kollegen noch nicht arbeiteten. Ein besonderer An- und Auskleideraum war in 29 Fällen nicht vorhanden, nur 13 solcher Räume wurden ange-troffen und davon dienten acht zugleich der Materiallagerung; von den noch übrig bleibenden waren zwei in einem un-sauberen Zustand. Demnach waren unter den 42 Bauten nur drei mit einem annehmbaren An- und Auskleideraum vorhanden.

Genügende Maschinrichtungen wurden nur 23 verzeichnet und hier stellen wir bei der Kontrolle durchaus keine hohen Ansprüche, sogar Seife fehlte an fünf Stellen.

Alweiß oder bleihaltige Farben wurden auf 40 Bauten verarbeitet. Das gesundheitsgefährliche Material ist also fast allgemein gebräuchlich. Auch das fürchterlich riechende russische Terpentin (Wend) wurde auf zwei Stellen verbraucht.

Ein Abort befand sich auf elf Bauten überhaupt nicht und von 31 vorhandenen Aborten waren neun derselben in einem mehr oder weniger schlechten Zustand, somit konnten nur 22 einigermassen den Ansprüchen genügend erachtet werden.

Eine enorme Staubentwicklung verursachte in mehreren Bauten die große Menge von angesammeltem Schmutz, welchen manche Bauherren aus Sparsamkeitsrücksichten während der

Wauzeit nur einmal und zwar kurz vor der Fertigstellung des Baues entfernen lassen.

Um unseren an die bairische Gesetzgebung gerichteten Forderungen zum Schutze der Innearbeiter Beachtung zu verschaffen, ist es ratsam, daß die übrigen Filialen Baden's in gleichem Sinne Baukontrollen vornehmen und das Resultat derselben an die Zentralkommissionen der Bauarbeiter Baden's in Mannheim einsenden.

Wie groß der Rückgang der Bauhätigkeit in Berlin ist, kann, wie die „Kos. W.“ schreibt, aus folgenden Zahlen ersehen werden: 1890/91 betrug die Zunahme an Gemüthlichen und Versicherungsweih bei der städtischen Feuerzollerei 442 Grundstücke im Werthe von 142 Millionen Mark, im folgenden Jahre nur noch 248 Grundstücke mit 128 Millionen Mark Werth und im Jahre 1890/1900 nur noch 175 Grundstücke mit 90 Millionen Mark Werth, d. h. 278 Grundstücke im Werthe von 52 Millionen Mark weniger als vor zehn Jahren. Der Unterschied würde noch weit bedeutender sein, wenn nicht in den letzten Jahren die bekannten großen Warenhäuser im Centrum einige große Geschäfts- und Fabrikgebäude in der Mittelstr. und den angrenzenden Straßen gebaut worden wären.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung. Ein christlicher Steinarbeiterverband wurde in Würzburg von 14 Delegierten gegründet, worunter sich zwei Steinmetz-polierere und zwei Steinbockbesitzer befanden. Außerdem waren 42 Geistliche eingeladen worden, von denen acht erschienen waren. Da kann man sich denken, was dieses Kind diese „Gewerkschaft“ ist.

Im Gesamtverbande der evangelischen Arbeitervereine ist nun die „evangelische Seibung“ erfolgt. 33 Vereine der Wochener Richtung (Wegner des Past. Naumann) erklärten ihren Austritt aus dem rheinisch-westfälischen Verbands. Die Ausgetretenen wollen zu einem Sonderverbande zusammentreten. Der Streit war bekanntlich dadurch entzündet, daß Naumann den evangelischen Arbeitervereinsmitgliedern den Eintritt in die gewerkschaftlichen Organisationen empfohlen hatte, und dann in den Vorstand des Gesamtverbandes gewählt wurde, während sein entschiedener Gegner, der bekannte national-liberale Abgeordnete Franke aus dem Vorstande heraus gewählt wurde. Hervorgehoben zu werden verdient, daß man unter den Rednern der Konferenz neben dem Reaktor Quandel und dem Abgeordneten Franke nur Pfarrer findet. Also Geistliche und Unternehmer sind hier die Führer, die Arbeiter geben die Statuten ab und haben — weiter nichts zu sagen.

Die Beratungen des Tarifauschusses für das Buchdrucker-gewerbe wurden am 28. September beendet. Das Ergebnis ist eine 7%prozentige Lohnsteigerung auf weitere fünf Jahre. Ein einseitiges Minimum von 23 Mt. wurde abgelehnt und dafür eine Lohnstafel beschlossen. Unverkennbar erscheint es uns, daß die Vertreter der Gehilfen sich dazu hergeben konnten, ohne Bedenken eine telegraphische Rundgebung an den Reichstagsler und den Vater der Buchhausvorlage, den Feind jeder Arbeiterorganisation, mitzumachen; das verdient entschieden Tadel!

Die Situation nach dem Glasarbeiterstreik. Die Leitung des Glasarbeiterverbandes berichtet: Die Einstellung von Streikenden konnte bisher nur in ganz minimaler Weise stattfinden. Die Arbeiter, welche sich zur Aufnahme der Arbeit meldeten, hatten die schwersten Vorkürze zu erdulden. In verschiedenen Betrieben mußten Vorkürze unterzeichnet werden, die dem Gesetzwiderlaufen. In einigen Betrieben ist der Austritt aus der Organisation zur Pflicht gemacht worden, auch die Verbandsbücher wurden abverlangt.

Die Lage der Streikenden ist gegenwärtig eine trostlose. Die Streikenden, die sich während des langen Kampfes mit der geringsten Unterstützung begnügt haben, stehen jetzt völlig mittellos da. Die Verbandskasse ist völlig geleert und kann deshalb den Streikenden nicht die geringste Unterstützung gegeben werden.

In Nürnberg sind noch circa 280 Kollegen, die Anfang dieser Woche noch nicht eingestellt waren. In Gersheim sind circa 100 Gemahregelte, die auf WiederEinstellung verzichten müssen. Fast an allen Orten sind eine Anzahl gemahregelter Kollegen zu verzeichnen. Erst Anfang nächster Woche wird der Betrieb in allen Fabriken gänzlich aufgenommen werden können. Eine Unterstützung ist den Streikenden seit dem 14. vor. Mt. nicht mehr gezahlt worden. Das Geld und die ganze Lage der Streikenden ist geradezu unbeschreiblich. Auch seitens der Verbände kann an eine Hebung dieser Lage nicht gedacht werden, da die Klassen geleert sind.

Wir bitten deshalb die Parteigenossen dringend, uns zur Binderung der Noth noch einige Unterstützung zukommen zu lassen, damit die Gemahregelten, die im Vordergrund der Bewegung gestanden haben, über Wasser gehalten werden können.

Die Aussperrung der Tabakarbeiter in Nordhausen dauert fort. Die Firmen: G. A. Kneiff, G. A. Hanewader, Berlin u. Bona, F. E. Lerche, H. u. W. Wittig, Rothhardt u. Co., G. Redderfen, Salsfeld u. Stein, haben den Schiedspruch noch nicht anerkannt.

Die organisierten Fensterputzer einzelner Städte haben auf ihrem Kongress in Berlin eine Zentralorganisation für Deutschland gegründet. Als Zentralvorstand wurde Möller-Berlin und als Kassierer Leuchter-Berlin gewählt.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit greift beständig in erschreckender Weise um sich. Aus Berlin wird berichtet, daß ein Drittel der Arbeiter ohne Beschäftigung sei. Während früher in Köln die Beteiligte der Saisonarbeiter an der „Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit“ ganz unbedeutend gewesen, sind in diesem Jahre die Anträge so zahlreich eingelaufen, daß die Kasse gesprengt werden mußte, da die versicherungstechnisch zulässige Höchstzahl der Versicherten erreicht ist. In W i t t i c h a u s e n i. S t. i. ist die Zahl der Arbeitslosen auf 5000 gestiegen. In Stuttgart hat sich die Zahl der Arbeitslosen gegen 1899 verdoppelt. Am schlimmsten sind die Metallarbeiter daran. Ähnliche stereotype Nachrichten liegen aus vielen anderen Städten vor. Aber auch im Auslande mehren sich die Berichte über die Verheerungen der Krise. In den hauptsächlichsten Städten der Schweiz, Belgien usw. sind viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigungslos.

Literarisches.

Erfahrungsgemäß entstehen gerade am Quartalswechsel die meisten Differenzen über das Mietverhältnis. Es wird meistens wie Vermietern deshalb die bereits in vorausgesetzter mehrfach verbesserter Auflage erschienene Broschüre: Die Rechte und Pflichten des Miethers, Verlag von Rich. Wipack, Leipzig, Reubnhelstr. 11, sehr willkommen

sein, zumal die sehr verständlich geschriebene Broschüre nur 23 Pfg. einschließlich Porto kostet. Mehr wie lange Empfehlungen spricht wohl für die Güte der Schrift, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit nahezu Einhundert Tausend Exemplare abgesetzt worden sind; die zwanzigste Auflage also eine Jubiläumsgabe ist.

Von der „Mappe“, illustrierte Fachzeitschrift für Maler, Verlag von G. D. W. Callwey-München, sind die beiden ersten Hefen in vorzüglicher Ausstattung erschienen. Die „Mappe“ mit der „Deutschen Malerzeitung“ kostet im Abonnement vierteljährlich 3 Mark.

Der „Süddeutsche Postillon“ bringt in seiner neuen erschienenen Nr. 20 zu einem Artikel über den Zustand die Reproduktion eines russisch-sozialdemokratischen Flugblattes, das die heilige Ordnung in Rußland in einer wirksamen Weise darstellt. Es ist eine Art Pyramide. Zu unterst die Arbeiter, die für Alle arbeiten und sie ernähren, darüber, von ihnen getragen, in verschiedenen Stufen die Gruppen berer, die für die Arbeiter essen, auf sie schießen, sie beschuldigen, sie regieren und über sie herrschen.

Einen neuen Almanach für das Jahr 1902 hat auch diesmal wieder der „Deutsche Holzarbeiterverband“ für seine Mitglieder und die Gewerkschaften herausgegeben. Derselbe enthält außer einer Reihe allgemein interessanter Mitteilungen über Mühen, Maßverhältnisse, Statistik, Adressen der deutschen Gewerkschaften usw., und neben allem Wissenswerten über die Verbandsverhältnisse noch lehrreiche Abhandlungen über das gewerbliche Recht, die Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung. Der Almanach, in handlicher Form hergestellt und dauerhaft in Leinwand gebunden, kann jedem Interessenten zur Anschaffung warm empfohlen werden.

Briefkasten.

Vernburg. Es betrifft die Annonce in Nr. 37 von 1900.

Da in letzter Zeit wieder häufig „Strafportos“ zu zahlen waren, machen wir alle Absender von Briefen usw. auf das vom Vorstand an die Filialverwaltungen abgegangene Zirkular aufmerksam, in welchem die „Portofreie“ genau angegeben sind. Bei Nichtbeachtung wird die Annahme ungenügend frankierter Poststücke verweigert.

Vereinstheil.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Bestätigt werden hiermit die neugewählten Verwaltungen von Köppingen und Raumburg a. S., sowie die durch Gesamtwahl hervorgegangenen Mitglieder der Filialverwaltung von Jänau und Schönebeck.

Die Filialverwaltungen werden ersucht, diejenigen Kollegen, welche vom Militär zurückkehren und ihre Mitgliedschaft fortsetzen wollen, bei der Hauptverwaltung zu melden, da sonst eine weitere Mitgliedschaft nicht anerkannt werden kann. Siehe Statut § 8.

Duplikat wurde ausgestellt für das Mitglied Hermann Eberodt, Buchn. 2664.

Mit toll. Gruß

Der Vorstand.

Quittung.

Vom 1. bis 7. Oktober gingen bei der Hauptkasse ein: Koburg 48.90, Witten 36721 2 10, Dohheim 338.98, Dortmund 190.—, Buchn. 13901 5.25, Kamena 21.43, Berlin II 530.25, Altona 193.31, Schleswig 69.05, Wundt 44.96, Landsberg 17.35, Raumburg 101.35, Freilager 20.76, Wittweida 30.89, Wibel 144.00, Meuselwitz 4.—, Jena 166.59, Zuhoe 26.80, Cuxhaven 46.40, Stade 15.75, Wismar 1.47, Meerane 96.61, Buchn. 11975 6.95, Cottbus 146.52, Eisenach 69.24, Erlangen 30.71, Pörschheim 78.10, Freiloch 24.99, Durlach 49.70, Grefesh 259.92, Dresden 800.—, Berlin I 669.53, Bochum 113.89, Buchn. 44679 3.15, Buchn. 4650 2.75, Buchn. 12341 3.15, Kesterbach 101.41, Köln 435.21, Schleibusch 4.50, Danabrück 81.73, Ehrenfeld 62.53, Gorha 53.08, Wetschau 61.15, Halle 600.—, Potsdam 250.96, Lübeck 463.41, Bergedorf 110.92, Bierstadt 211.77, Salzgungen 31.10, 1 Kalender — 50.

H. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassiers vom 29. Sept. bis 5. Okt. 1901. Ueberschüsse von der örtlichen Verwaltungen wurden eingeliefert von Brandt-Durlach 75.80, Schiller-Charlottenburg 300.—, Altinger-Wandb. d. 110.—, Arnold-Halle a. Saale 100.—, Kypke-Bergedorf 25.—, Siebert-Erfurt 200.—, Böhm-Schwab-Hall 74.41, Flügel-Eberswalde 20.10, Vorhers-Sachs 50.—

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgeliefert an Paulus-Kirchh. i. Bayern 50.—, Städtele-Augsburg 100.—, Wannig-Waldenburg i. Schlfien 50.—. Krankengelder erhielten Buchn. 5239, W. Buhlmann in Grefesh 19.35; Buchn. 14252, J. Romberg in Oberhausen a. d. Ruhr 25.80; Buchn. 9573, W. Dose in Wien 32.50.

J. G. Wulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Anzeigen.

Filiale Breslau.

Donnerstag, den 17. Oktober, Abends 8 Uhr,

Generalversammlung

im „Gewerkschaftshaus“.

Tagesordnung:

1. Abrechnung des dritten Quartals.
2. Vortrag.
3. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen ersucht
M. 2.25]

Der Vorstand.

Filiale Frankfurt am Main.
Mittwoch, 16. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr,
Mitgliederversammlung

im „Gewerkschaftshaus“.
Am Schwimmbad 8-10, Ederstraße 13-15.
M. 1.50] Der Vorstand.

Aufruf!

Der Malergehülfe Carl Anselm aus Gaggenau (Baden), 19 Jahre alt, wird dringend um Nachricht an seine Mutter gebeten. Kollegen, die seine Adresse wissen (A. war zuletzt in Innsbruck), werden gebeten, diese an Frau Anselm in Gaggenau, Baden, zu senden

Maler-Kalender

Achtung Kollegen! 1902. Achtung Kollegen!

Zum ersten Male herausgegeben für die Mitglieder der Vereinigung der Maler, Malierer, Anstreicher, Tüncher u. Weißbinder Deutschlands.

Aus dem Inhalt heben wir hervor:

1. Kalenderium. — Noizen. 2. Vereinbarte Lohnsätze aus dem Jahre 1900. — Tabellarische Darstellung über die in den Jahren 1899 und 1900 durch die Vereinigung erzielten Verbesserungen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses. 3. Das tuberkulose Merkblatt. 4. Die neuen Arbeiter-Schutzbestimmungen. 5. Unfallversicherungsgesetz für Personen des Soldatenstandes und die neuen Pensions- und Invalidengelder für Soldaten (nach den neuesten Gesetzesänderungen). 6. Verordnungen der deutschen Gewerbeinspektoren. 7. Praktische Ratschläge für den Arbeiter in seinem Arbeitsverhältnis. 8. Deutsche Streitstatistik 1890-1900. 9. Was können die Gewerkschaften erreichen. 10. Deutsche Gewerkschaftsberichte. 11. Französische Arbeiterführer. 12. Das Wissenswerthe von Bundesrat und Reichstag etc.

Der Preis des Kalenders beträgt pro Exemplar 50 Pfg. Bei Partienbezug von 10 Exemplaren wird den Verwaltungen der Filialen das Stück zu 45 Pfg. verrechnet, jedoch 5 Pfg. für Postportagekosten verblichen.

Der Kalender ist im Format der bekannten Arbeiter-Kalender gehalten. Eine dem neuesten Stande entsprechende Zeichnung ziert den Einband. Der lehrreiche und für alle Zeit wertvolle Inhalt sollte jeden Kollegen veranlassen, für den geringen Preis sich den Maler-Kalender anzuschaffen.
Der Vorstand.

H. Th. Höppner, Pinsel-Fabrik GREIZ/V.



Alle Sorten Pinsel für Kunst u. Industrie, Illustr. Preis-courant gratis u. franco

Maler-Schule Buxtehude

Juni 1901 auf deutschem Malerbundestag zu Danzig wled. I. Preis. Progr. fr. Dir. Elserweg.

Amoretten. Malvorlagen Blumen. —
Landschaften. Fruchte etc.
24 Blatt M. 3.—, 48 Blatt M. 5.—, franco, naturgetreu.
Heinr. Brühl, Hamm i. Westf., Münsterstr. 42.

Selbstunterricht in der Holzmalerei!

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farben-Druck, mit leicht faßlicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur M. 10 zu beziehen von
Aug. Düttemeyer, Maler, München,
Häufstraße 11, IV. rechts.
Maler können die Vertretung übernehmen!

Ladewigs Bierstuben

Berlin S., Kommandantenstr. 65.
Vorzügl. Weiss- und Bayrisches Bier
Franz. Billard. — Telephon.
Zahlstelle der „Freien Volksbühne“.
Vereinszimmer für 40 Personen.

Neu! Es erschien im Selbstverlage: Neu!
Neue Holz- und Marmormalereien

zum Selbstunterricht nach eigener Original-Methode.

- I. Serie: „Neue Holzmalereien“, nur Mk. 20.—
 - II. Serie: „Neue Marmormalereien“, nur Mk. 22.—
- erscheint bestimmt Ende Oktober 1901.
Hamburger Holz- und Marmor-Schule
von Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstr. 19.
Beginn des Semesters 15. Oktober. Prospekt gratis.
Porenrollen à Paar Mk. 5.—

MALERSCHULE HAMBURG
v. WILH. SCHÜTZE. PROSP. GRATIS
NUR ERSTE PREISE u. MEDAILLEN

MALERSCHULE für Holz- und Marmor-Imitation

(Stuckmarmor und Stuckornamente) von A. Pritschau, Gammelsburg (Bayern). — Gröndliche, in der Praxis bewährte Ausbildung. — Beginn des Kurses vom 1. November 1901 bis 15. Februar 1902. Prospekt gratis.

Berliner Maler-Schule

für fachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc.

Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfachste Technik gelegt.

Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 Mark.

Meiner Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden. Prospekte der Malerschule gratis und franco.

Carl Lange & Co.,

Berlin SW., Gitschinerstr. 94 a.

Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen u. Entwürfe.

Medaillen. **Schule** I. Preise.
für Dekorations-, Holz- und Marmormaler.
Anerkannt tüchtige Spezial-Lehrer. Prosp. kostenlos durch
Carl Nordmann, Hamburg-Eimsb.

Sieben erschienen:
Mod. Decken- und Wandstücken von Gehr. Borbran, Stuttgart, 10 Tafeln nur 1.50 M.
Fraser-Sander's Praxis, meistens farb. Zeichnungen, wirklich sehr schön, nur 3.50 M.
Mod. farb. Dewalds-Werk, fast geschenkt, nur 6 M. statt 25 M. Bei größeren Aufträgen ein Bewaltswert gratis.
P. Steet,
Nürnberg, Ob. Würthstr. 18.

Quittungsmarken und Kautschukstempel
Liefert seit 22 Jahren für Tausende Klassen und Vereine
Jean Holze, Hamburg, Drehbahn 45.
◆◆ Verlag sozialistischer Verber. ◆◆

Fraktionsbild der soziald. Partei 1898.
Illustrirte Preislisten gratis und franco.

Winterarbeit!
Lohnenden Nebenverdienst durch Zeichnungen (Portraits in 3 Stunden) nur, wenn Sie mir das Original photographisch auf Zeichenpapier vergrößern lassen. **Bruno Oehrnal,** Maler und Photograph, Ulrich a. Harz.

Todes-Anzeige.
Am 25. September starb nach langem Krankenlager unser treues Mitglied
Herm. Gerber
im Alter von 46 Jahren.
Sein Andenken hält in Ehren
M. 2.10] Filiale Magdeburg.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitag, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Oesterreich 1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M., durch die Post bezogen 1.20 M. — Anzeigen kosten die 3gespaltene Zeile ober deren Raum 30 H., Vereins-Anzeigen 15 H., die Spaltzeile. Der „Vereins-Anzeiger“ ist im Postverzeichnis der Reichspost für 1901 unter Nr. 7506 eingetragen.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 40 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Verlag von G. Wentker, Hamburg.
Für die Redaktion verantwortlich M. Mart, Hamburg.
Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eimsb., Friedenstraße 4.